

Kommentare. Berichte. Analysen.

**BVMU**  
www.bvmu.de

**BDS**  
www.bds-nrw.de

Oktober 2020

Der Selbständige

# DIGITAL Mittelstand

Offizielles Organ der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer e. V.  
und des Bundes der Selbständigen, Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.



Klaus-Peter Willsch:  
Nein zur europäischen  
Arbeitslosenversicherung



Sylvia Pantel:  
„Die EU verkommt  
zur Transferunion“



## Ihr Partner

für deutschlandweite Übernachtungen, Veranstaltungen und mehr

kundenorientiert | zuverlässig | partnerschaftlich | kreativ



### Attraktive Firmenkonditionen für die Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer e.V.

#### Ihre Vorteile

- Sie haben einen zentralen Ansprechpartner für alle Maritim Hotels.
- Wir nehmen Ihre Anfrage auf und fragen die Kapazitäten in den gewünschten Hotels für Sie ab, dadurch sparen Sie Zeit und Kosten.
- Wir erstellen zielorientierte, transparente Angebote und Verträge für Sie.
- Wir unterstützen Sie bei der Planung und Organisation Ihrer Veranstaltung inklusive Locationsuche, innovativer Caterings und begleitender Rahmenprogramme.
- Bei Bedarf entwickeln wir individuelle Incentives/ Motivationsprogramme im In- und Ausland für Sie.

### Ihre persönliche Ansprechpartnerin:

#### Sabine Fiebich Verkaufsassistentin

Maritim Hotel Gelsenkirchen  
Am Stadtgarten 1  
45879 Gelsenkirchen  
Telefon 0209 176-1701  
sfiebich.vkd@maritim.de

Betriebsstätte der Maritim Hotelgesellschaft mbH  
Herforder Straße 2 · 32105 Bad Salzuflen

### Mit dem Buchungscode BVMU99 erhalten Sie

- 12 % Rabatt auf alle tagesaktuellen Übernachtungspreise (Tagespreis und Frühbucherpreis) – immer und zu jeder Zeit (gültig für Einzelreisende bis neun Personen, ausgenommen Hotels mit fest vereinbarten Raten).
- ein kostenfreies Upgrade in die nächst höhere Zimmerkategorie inklusive VIP-Treatment für den Referenten, den Vorstand und die Geschäftsführung.
- feste Firmen-Sonderraten im Maritim proArte Hotel Berlin.

### Ihre Firmen-Sonderraten 2018

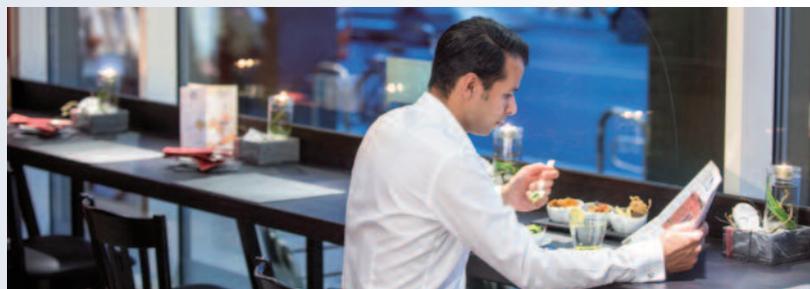
Preise pro Zimmer und Tag exklusive Frühstücksbuffet<sup>1</sup>.

Maritim Hotels	Zimmerkategorien					
	Classic		Comfort		Superior	
	EZ	DZ	EZ	DZ	EZ	DZ
Berlin proArte <sup>2,3</sup>	104 €	119 €	114 €	129 €	144 €	159 €

<sup>1</sup> Teilnahme am reichhaltigen Maritim Frühstücksbuffet pro Person/Tag: 24 €.

<sup>2</sup> Die Raten der Superior Kategorie beinhalten die Nutzung der Lounge. Hier stehen ab 6.30 Uhr Frühstück und den gesamten Tag Snacks, Getränke, Kaffee, Tee und andere Annehmlichkeiten zur Verfügung.

<sup>3</sup> Ggf. zzgl. lokaler Abgaben auf die Beherbergung.



# 12 Euro Mindestlohn treiben Kleinbetriebe in die Insolvenz

von Dr. Hugo Müller-Vogg

Arbeitsminister Hubertus Heil will den Mindestlohn von derzeit 9,35 Euro pro Stunde möglichst schnell auf 12 Euro anheben. Das würde zweifellos die Kaufkraft stärken. Dass der SPD-Politiker gleichzeitig das Ansehen seiner Partei als Anwalt der kleinen Leute aufpolieren will, darf getrost unterstellt werden; ehrenrührig

zuletzt in Betrieben und Branchen gezahlt, die nach den Umsatzeinbrüchen als Folge der Pandemie ohnehin ums Überleben kämpfen. Das gilt unter anderem für die Gastronomie, für Reinigungsbetriebe, Sicherheitsdienste oder Taxi-Unternehmen, für kleine Einzelhändler und Gewerbetreibende, ebenso für Lagerarbeiter und Frieseure. Heil gehört zweifellos nicht zu jenen linken Sozialdemokraten, die mit einem ho-

viele 450-Euro-Jobs verschwunden; so hat manche Zeitung die Zustellung in dünnbesiedelten Gebieten eingestellt. Insgesamt hielten sich die negativen Effekte jedoch in Grenzen. Allerdings fiel dieser Eingriff in die Lohnfindung in eine Zeit soliden Wachstums und einer großen Nachfrage nach Arbeitskräften. Das wird in den nächsten Jahren so nicht der Fall sein. Denn es wird einige Zeit dauern, bis der Arbeitsmarkt sich „nach Corona“ wieder in einer so guten Verfassung präsentiert wie in den vergangenen fünf Jahren.

Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn, den die SPD mit der CDU/CSU in der zweiten GroKo unter Kanzlerin Merkel eingeführt hat, leidet ohnehin an einem Konstruktionsfehler: Er nimmt keine Rücksicht auf unterschiedliche regionale Gegebenheiten. Dabei liegt es auf der Hand, dass man mit aktuell 9,35 Euro in vielen ländlichen Regionen eher über die Runden kommen kann als in teuren Ballungsräumen und Großstädten wie München, Frankfurt oder Hamburg. Die regierungsamtliche Gleichmacherei wird auch bei 12 Euro die Unterschiede bei den Lebenshaltungskosten nicht aufwiegen.

## Regional unterschiedliche Mindestlöhne

Wenn der Arbeitsminister fünf Jahre nach Einführung des Mindestlohns „den gesamten Mechanismus untersuchen“ will, sollte er lieber über regionale Differenzierungen als über eine pauschale Aufstockung nachdenken. Lösungen mit der „Gießkanne“ mögen beim Kampf um Aufmerksamkeit und Stimmen besser ankommen als differenzierte Vorschläge. Den betroffenen Arbeitnehmern nutzen Regelungen unter Berücksichtigung unterschiedlicher Lebensbedingungen aber mehr. Ganz nebenbei: Mit 12 Euro ziehen Heil und die SPD jetzt mit der Linken gleich. Sollten sie aber 12 Euro durchsetzen können, was ohne den Koalitionspartner CDU/CSU nicht möglich ist, wäre die Linke sicher schon bei 14 Euro. Auf diesen Wettlauf um die unsolidesten Versprechungen sollten sich die Sozialdemokraten erst gar nicht einlassen. ■

[www.hugo-mueller-vogg.de](http://www.hugo-mueller-vogg.de)



Foto:  
Laurence Chaperon

Der ehemalige FAZ-Herausgeber **Dr. Hugo Müller-Vogg** ist einer der bekanntesten Publizisten Deutschlands und bestimmt durch Bücher und Kommentare zu Politik und Wirtschaft immer wieder die öffentliche Debatte. Er ist unter anderem gefragter Gesprächspartner der Nachrichtensender *n-tv*, *Welt24* und *Phoenix*.

ist so etwas nicht. Außerdem befinden sich die Sozialdemokraten im Kampf um die Gunst der Geringverdiener gegenüber der Linkspartei im Nachteil. Es war die Linke, die gemeinsam mit den Gewerkschaften das Thema immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt hatte, bis die SPD ihre einstige Ablehnung staatlicher Eingriffe in die Lohnfindung aufgeben musste. Und 12 Euro pro Stunde fordert die Linke schon seit langem.

Heils Vorstoß kommt dennoch zur Unzeit. Der gesetzliche Mindestlohn wird nicht

hen Mindestlohn gerne mal die Belastbarkeit der Wirtschaft testen möchten. Falls er sich durchsetzen sollte, würde er freilich die Kaufkraft nicht stärken. Im Gegenteil: Bei 12 Euro pro Stunde müsste mancher Kleinunternehmer endgültig aufgeben. Arbeitnehmern ohne Job nutzt auch eine Anhebung der Lohnuntergrenze nichts.

## Die Lage ist anders als 2015

Schon bei Einführung des Mindestlohns haben viele Ökonomen vor Arbeitsplatzverlusten gewarnt. Tatsächlich sind damals

# Wer ist reich, wer ist arm?

von **Friedhelm Ost**

Landauf, landab wird darüber diskutiert, wer denn zu den Reichen gehört und wer zu den Armen zählt. Durchschnittsrechnungen bringen dabei nicht weiter, denn wenn der Nachbar zur Linken 100.000 Euro an jährlichem Einkommen hat und der zur Rechten ebenso viel, während der in der Mitte es gerade einmal auf 10.000 Euro bringt, ergibt sich daraus ein durchschnittlicher Betrag von 70.000 Euro. Jüngst hat deshalb das Institut der deutschen Wirtschaft eine bessere Rechnung präsentiert: Demnach gehören Singles mit einem monatlichen Nettoeinkommen von mindestens 3.529 Euro zu den 10 Prozent der Deutschen in der oberen Hälfte der Einkommenstabelle.

## Klagen über zu hohe Abzüge

In Haushalten mit mehr als einer Person wird das Einkommen nach Bedarf gewichtet: Jede weitere Person über 14 Jahre kommt mit 50 Prozent, jede unter 14 Jahre mit 0,3 dazu. Vater, Mutter und zwei Kinder unter 14 bringen es also auf das 2,1 fache. Diese Familie zählt mit einem Netto-Einkommen von 7.400 pro Monat zu dem obersten Zehntel der Verdienner in Deutschland. Die Mehrzahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten erzielt ein monatliches Einkommen zwischen 1.200 und 2.800 Euro. Etwa 15 Prozent liegen darunter.

Die meisten Beschäftigten im oberen Zehntel, insgesamt etwa 8 Millionen der rund 45 Millionen Erwerbstätigen, zählen

sich selbst keineswegs zu den reichen Einkommensbeziehern. Sie reißen sich durchweg in der Mitte ein und klagen vielfach über die hohen Abzüge, die sie als Steuern an den Fiskus und als Beiträge an die Sozialversicherungssysteme zu zahlen haben.



**Friedhelm Ost**

leitete die *ZDF*-Wirtschaftsredaktion, bevor er unter Helmut Kohl Regierungssprecher und schließlich CDU-Abgeordneter im Bundestag wurde. Heute ist Ost weiter als Journalist und in der Politik- und Wirtschaftsberatung tätig.

Immerhin sind das etwa 20 Prozent des Bruttoeinkommens, die in der Regel an die gesetzliche Renten-, Pflege-, Arbeitslosen-

und Krankenversicherung gehen. Der Satz der Einkommensteuer richtet sich je nach dem Familienstand – ledig oder verheiratet, mit und ohne Kinder. Das Nettoeinkommen fällt bei vielen durch staatliche Transferleistungen, Kindergeld u. ä. etwas höher aus.

Obwohl die Einkommen in den letzten Jahren durchaus gestiegen sind und es der oberen Mittelschicht besser denn je zuvor geht, bezeichnet sich kaum jemand aus der Gruppe der obersten 10 Prozent als reich. Für die meisten zählt nämlich nicht so sehr das monatliche Einkommen, sondern mehr das Vermögen. Hier gehört man zu den reichsten 10 Prozent, wenn der gesamte Haushalt ein Nettovermögen von 550.000 Euro hat. Dabei geht es um Sparguthaben, Lebensversicherungen, Wertpapierdepots und um Immobilien. Es sind nicht wenige der „reichen“ Haushalte, die ein Eigenheim im Grünen oder eine Eigentumswohnung in der Stadt besitzen.

## Mehrheit sieht sich als Mittelstand

Bei der persönlichen Einstufung wollen sich die meisten Menschen in unserem Lande nicht als reich einstufen. Vielmehr rangieren sie sich selbst als „Mittelständler“ ein und bezeichnen die Quandts, Flicks, Albrechts und andere Milliardäre als die wirklich Reichen. Bei den Einkommensbeziehern stehen die Manager in den Vorständen der Aktiengesellschaften und mit ihren jährlichen Bezügen in vielfacher Millionen-Höhe ganz oben in der „Reichtabelle“, wie sie von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung aufgestellt wird. ■

## IMPRESSUM

**DER SELBSTÄNDIGE/MITTELSTAND DIGITAL**  
ISSN 0946-3224

Offizielles Organ des Bundes der Selbständigen, LV NRW und der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer e. V.  
Ferdinand-Porsche-Str. 1, 59439 Holzwickede  
Tel. (02301) 91 96 8 - 0, Fax (02301) 91 96 8 - 29  
E-Mail: info@bvmu.de  
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Anita Schäfer, Friedhelm Ost

Fotos: Laurence Chaperon, BDS Archiv  
Titelfoto: K6 Medien Archiv  
Erscheinungsweise: 10 x jährlich  
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Dortmund  
Bezugsbedingungen:  
Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zur BVMU abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.  
© by: BDS/BVMU e. V.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr.

Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben bei der BVMU e. V. und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:  
BDS/BVMU e. V.  
Ferdinand-Porsche-Str. 1, 59439 Holzwickede  
Internet: www.bvmu.de  
E-Mail: info@bvmu.de

**Hinweis:** In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.

# Diskutieren, nicht ausschließen

von Dr. Christean Wagner

**Parteimitglieder haben das Recht, auch öffentlich über den besten Weg der Partei ihre Meinung zu sagen und sich möglicherweise auch in Widerspruch zu dem Inhaber eines Parteiambtes zu stellen.**

Jede Partei benötigt eine Satzung, die regelt, wie sie mit parteischädigendem Verhalten einzelner Mitglieder umgeht. Die gegenwärtig gültige Fassung der Satzung der CDU Deutschland hat sich hier bewährt. Nun hat die Struktur- und Satzungscommission beschlossen, dem Bundesparteitag im Dezember mehrere Änderungen vorzuschlagen. Hiernach soll unter anderem parteischädigend sich verhalten, wer in sozialen Netzwerken nachdrücklich und fortgesetzt gegen Repräsentanten der CDU Stellung nimmt. Erste Reaktionen in der Öffentlichkeit sprechen von einem „Maulkorberlass“. Warum setzt die Satzungscommission sich und hiermit auch die CDU diesem Verdacht aus? Die politischen Parteien müssen in ihrer inneren Ordnung demokratischen Grundsätzen entsprechen (Art. 21 Grundgesetz).

## Soll die WerteUnion diszipliniert werden?

Daraus folgt das Recht jedes einzelnen Mitglieds, auch öffentlich über den besten Weg der Partei seine Meinung zu sagen und sich

## Dr. Christean Wagner

war u.a. hessischer Kultus- und Justizminister und Vorsitzender der hessischen CDU-Landtagsfraktion.



möglicherweise auch in Widerspruch zu dem Inhaber eines Parteiambtes zu stellen. Dies gilt seit der Gründung und hat die CDU stark und attraktiv gemacht, ganz abgesehen davon, dass immer schon auch Spitzenvertreter etwa aus den Sozialausschüssen oder der Mittelstandsvereinigung öffentlich um die richtigen Ziele gerungen haben. Eine von oben verordnete „Alternativlosigkeit“ oder Einschränkung öffentlicher Debatten würde einer Partei den Lebensatem nehmen.

Die CDU ist daher gut beraten, den bewährten Teil der Satzung unangetastet zu lassen. Es wird auch die Vermutung geäußert, mit der Änderung wolle man die WerteUnion disziplinieren. Diese tritt mit ihren 5.000 Mitgliedern für ein deutlicheres politisches Profil der Union ein. Es wäre besser, wenn der Bundesvorstand sie zu einem konstruktiven und eventuell kontroversen Gespräch einladen würde, anstatt sie per Satzung zu bekämpfen. ■

## EINLADUNG – Ordentliche Generalversammlung

am 21. November 2020, im Ringhotel Katharinenhof, Unna

Gemäß § 8 Abs. 2 und 3 der gültigen Satzung des Bundes der Selbständigen (Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.) und der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer e.V., dürfen wir Sie für

Samstag, den 21. November 2020, 10.30 bis 12.30 Uhr, in das Ringhotel Katharinenhof, Bahnhofstraße 49, 59423 Unna form- und fristgerecht einladen.

Nach § 8 Abs. 3 der gültigen BDS- und BVMU-Satzung sind nur die gewählten Delegierten der BDS- und BVMU-Einzelmitglieder, der Ortsverbände sowie die Mitglieder des Vorstandes und des BVMU-Präsidiums stimmberechtigt.

### TAGESORDNUNG

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Tätigkeitsbericht der Geschäftsführung
4. Tätigkeitsbericht des Vorstandes
5. Rechenschaftsbericht des Schatzmeisters
6. Bericht der Rechnungsprüfer
7. Aussprache über die Berichte

**Thomas Brüggemann (Vizepräsident)**

8. Ergänzungswahlen zum BDS-Vorstand und BVMU-Präsidium
  - a) Präsident/-in
  - b) Vizepräsident/-in
  - c) 2 Beisitzer
  - d) Rechnungsprüfer/-in
  - e) Vorsitzende/-r des Ehrengerichts

**Joachim Schäfer (Hauptgeschäftsführer)**

9. Anträge
10. Bestimmung des Ortes der Generalversammlung 2021
11. Schlusswort

# Feldversuch für Klima-Rebellen

von Frank Schäffler MdB

In den Tagen der Corona-Pandemie kommen einem die Beschlüsse zum Klimanotstand des EU-Parlaments und vieler Stadt- und Gemeinderäte aus 2019 ziemlich surreal vor. Heute herrscht ein Notstand, der auch ohne formale parlamentarische Beschlüsse über uns gekommen wäre. Ohne die Klimaveränderungen und ihre Wirkung auf Mensch und Natur zu unterschätzen: In diesem Fall führen erst die vorgeschlagenen Maßnahmen und die radikalen Zielvorstellungen der Protagonisten zu genau dem Zustand, den sie apostrophieren – dem Notstand.

Extinction Rebellion Deutschland fordert beispielsweise, die von „Menschen verursachten Treibhausgas-Emissionen bis 2025 auf Netto-Null zu senken“. Also in fünf Jahren. Netto-Null bedeutet, dass alle durch Menschen verursachten Treibhausgas-Emissionen durch Reduktionsmaßnahmen wieder aus der Atmosphäre entfernt werden müssen und somit die Klimabilanz der Erde netto, also nach den Abzügen durch natürliches und künstliches Senken, Null beträgt.

Der Shutdown in Deutschland, in Europa und in der Welt im Zuge der Corona-Pandemie zeigt uns exemplarisch, welchen Preis dies kostet. Niemand fliegt mehr, die weltweiten Wertschöpfungsketten sind unterbrochen, die Produktion steht vielerorts still, bislang lieb gewonnene Dienstleistungen werden nicht mehr angeboten und das Leben erlahmt. Social Distancing wird zum Wort des Jahres. Die Klimarebellen müssten eigentlich jubeln. Doch es ist still um sie geworden. Vielleicht wird ihnen jetzt auch mulmig. Denn der Preis ist unbezahlbar. Das ifo-Institut geht bei einem drei Monate andauernden Shutdown von einem Einbruch der Wirtschaftskraft von bis zu 729 Mrd. Euro (20,6 Prozent des BIP) aus. Bis zu 1,8 Millionen Arbeitsplätze gingen verloren und 6 Millionen Arbeitnehmer befänden sich in Kurzarbeit.

Ein Ende der Corona-Krise ist vielleicht noch in weiter Ferne, aber doch grundsätzlich



**Frank Schäffler**

ist Mitglied der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag und hat sich in der Vergangenheit als Euro-Rebell einen Namen gemacht

in Sicht. Netto-Null-Emissionen hingegen erlauben es nicht, anschließend wieder das bisherige Verbrauchsverhalten an den Tag zu legen. Nein, es würde dauerhaft dazu führen, dass kein Flugzeug fliegt, die Industrieproduktion darniederliegt und die Menschen zu Hause bleiben. Insofern wäre ein Einbruch der Wirtschaftskraft um 20,6 Prozent nur ein leises Lüftchen dessen, was bei einem längeren Shutdown die Folgen wären. Es wäre der Zusammenbruch der Industrie und der Rückfall in vorindustrielle Zeiten. Doch rationale Argumente sind in der Klimadebatte nicht gefragt. Sie hat mitunter pseudoreligiöse Züge. Es geht um den „Untergang der Welt“, um „Kipppunkte“, die unumkehrbar sind und um Emotionen.

Dabei sind die nationalen Maßnahmen nicht die Lösung. Die deutsche Regierung hat zugesagt, bis zum Jahr 2030 die CO<sub>2</sub>-Emis-

sionen gegenüber 1990 um 50 Prozent zu reduzieren, also um 526 Millionen Tonnen, bis 2050 sogar auf null Prozent. Der Anteil Deutschlands beträgt derzeit rund 2 Prozent an den weltweiten Emissionen. Bei einem weltweiten Ausstoß von über 35.000 Millionen Tonnen waren das 728 Millionen Tonnen (2018). Sollte die Reduzierung auf 526 Millionen Tonnen in 2030 gelingen, dann betrüge die Einsparung gegenüber heute lediglich 0,5 Prozent der weltweiten Emissionen.

Staatlich oktroyierte Maßnahmen, die Industrie in Richtung einer Netto-Null umzuformen, würden wie eine unbegrenzte Verlängerung des derzeitigen Shutdowns der deutschen Industrie und der Bevormundung der Bürger wirken – mit fatalen Folgen für den Wohlstand heute und morgen. Und dies alles, ohne die Klimaveränderung von Deutschland aus nennenswert zu beeinflussen. Die Modellierung einer Welt von oben- hat bislang nie funktioniert. Die Sozialismen dieser Welt sind alle gescheitert. Sie haben in erster Linie wegen der mangelnden Informationen nicht funktioniert. Auch das kann man

an der Bekämpfung der aktuellen Pandemie verfolgen. Aus der Not heraus findet die Bekämpfung der Pandemie verstärkt zentral statt. Doch wo Atemschutzmasken künftig gebraucht werden, wie viele Beatmungsgeräte wo und wann vorhanden sein müssen und wer sie letztlich produziert, weiß kein Gesundheitsminister, kein Parlament und erst recht kein Krisenkabinett. Die einzige Hoffnung für die Zukunft sind nicht Verzicht und der Rückfall in vergangene Zeiten, sondern die Bewahrung der Freiheit und der Marktwirtschaft und der wohlfördernden Wirkung beider für uns alle. ■

*Dieser Beitrag ist zuerst im Heft „Wohlstand für Alle – Klimaschutz und Marktwirtschaft“ der Ludwig-Erhard-Stiftung aus dem Jahr 2020 erschienen: <https://www.ludwig-erhard.de/erhard-aktuell/standpunkt/feldversuch-fuer-klimarebellen/>*



Unsere Premium-Desinfektion mit Hautschutz - hautschonend, extrem wirksam gegen Corona mit IHO-Listung für Lebensmittelbetriebe zu BDS-Sonderkonditionen.

Art.-Nr.	Artikelbezeichnung	Gebinde	Anzahl/VE	Preis/VE	BDS-Rabatt
1211300320	Desmila LSI Händedesinfektion	100ml Kittelflasche	20	96,00 €	20%
1211300333	Desmila LSI Händedesinfektion	500ml Dispenser mit Push&Pull Verschluss	15	137,24 €	20%
1211300180	Desmila LSI Händedesinfektion	500ml Spenderflasche für Eurospender	12	98,90 €	20%
1211300181	Desmila LSI Händedesinfektion	1000ml Spenderflasche für Eurospender	12	171,80 €	20%
1211300316	Desmila LSI Händedesinfektion	5 Liter Kanister	1	64,50 €	20%
1211300182	Desmila LSI Händedesinfektion	10 Liter Kanister	1	119,62 €	20%
1211300329	Tevan Panox Flächendesinfektion	750ml Zerstäuberflasche	6	65,26 €	20%
1211300330	Tevan Panox Flächendesinfektion	1000ml Rundflasche	6	59,00 €	20%
1211300326	Tevan Panox Flächendesinfektion	5 Liter Kanister	1	42,90 €	20%
1211300327	Tevan Panox Flächendesinfektion	10 Liter Kanister	1	76,90 €	20%
1190600222	banio WET Feuchttuchspendereimer	für Desinfektionsmittel weiß ohne Rolle	1	12,90 €	20%
1190600224	Banio WET Vliesrolle premium 60g/m²	lösungsmittelbeständig, fussfrei, reißfest	6	47,70 €	20%

Geben Sie den Online-Code: **BDS-20Prozent** mehrfach verwendbar im Warenkorb ein.

NICEPRICE  
ab **129,90** €/St.

1000ml Tank



Sensortechnik berührungslos

## BANIO EXO-Line Sensor-Spender universell für Flüssigdesinfektion

frei befüllbarer, edler Sensor- Desinfektionsspender aus ABS-Kunststoff mit Wandhalterung & Befestigungsmaterial

- abschließbare Verschlussplatte
- mit Befestigungsmaterial
- abschließbar - zur Wandmontage oder Säulenmontage
- einstellbare Dosiermenge 0,3ml oder 0,6ml
- mit 1000ml Vorrattank zum Nachfüllen

Art.-Nr.	Tank Füllmenge	Preise €/Stück ab 1	BDS-Rabatt
1191000733	1000 ml	129,90	20%

ab Anfang Juni 2020 lieferbar

eine breite Auswahl und Top-Preise finden Sie auf [www.redko.de](http://www.redko.de)

## BANIO EXO-Line Desinfektions-Spendersäule

komplett aus Edelstahl mit Kunststoff-Tropfschale und Desinfektionsanleitung für banio Exo-Line Sensorspender.

- stabiler Stand
- modernes Design
- bebilderte Anleitung zum Desinfizieren
- Befestigungsmaterial für Spender wird mitgeliefert.

Der Lieferumfang der Säule enthält keinen Spender

Art.-Nr.	ges. Höhe	Preise €/Stück ab 1	BDS-Rabatt
1191000734	1460 mm	299,90	20%

kurzfristig lieferbar



Abbildung mit Spender  
Lieferumfang ohne Spender

NICEPRICE  
ab **299,90** €/St.



# Weltmachtfähigkeit für Europa jetzt

von Dr. Ingo Friedrich

**E**uropa hat über sehr viel Geld (1.800 Milliarden Euro) entschieden und alle spüren: Diese Entscheidungen werden die zukünftige Entwicklung maßgeblich beeinflussen!

## Wichtig ist und bleibt:

(1) Europa hat seine Fähigkeit bewahrt, Kompromisse zu finden, zumal ein Auseinanderfallen angesichts der aktuellen Weltlage eine Katastrophe bedeutet hätte.

(2) Das viele Geld muss nun so verwendet werden, dass es Europa wirtschaftlich, politisch und wissenschaftlich voranbringt. Auf keinen Fall darf es für bloße Subventionen und die Aufrechterhaltung veralteter Strukturen verpulvert werden. An erster Stelle muss stehen, die Wettbewerbs- und Innovationskraft zu stärken.

(3) Ein besonderer Schwerpunkt muss auf innovative unternehmerische Neugründungen - sog Startups - gelegt werden. Denn: Selbst wenn von zehn Neugründungen sieben „schiefe“ gehen, bleiben immer noch drei, deren Erfolg zentrale Entwicklungen einleiten kann. Hierfür muss das Geld großzügig und ohne große bürokratische Hürden eingesetzt werden. Die bisherige Handhabung dafür muss grundlegend geändert werden.

(4) Bei den anstehenden Entscheidungen muss immer und grundsätzlich bedacht werden, dass Europa auf nahezu allen Gebieten von den anderen globalen Giganten, insbesondere von



## Dr. Ingo Friedrich

Vizepräsident des Europäischen Parlaments a.D.,  
Präsident des Europäischen Wirtschaftssenats,  
Präsident der Wilhelm-Löhe-Hochschule

Deutschland sofort eine Gegenbewegung gegründet, die die Rolle der Briten voll ersetzt.

Insgesamt ist die Gipfelentscheidung ein Zeichen der Ermutigung und lässt hoffen, dass Europa in der Lage ist, die globale Zukunft zu bewältigen. Und: Deutschland hat offenbar auch mit Zustimmung seiner Partner, seine zentrale Rolle und Verantwortung für das ganze Europa verstanden und wahrgenommen. ■

China und Russland aber derzeit auch von den USA eines Präsidenten Trump herausgefordert, ja sogar bedroht wird. Es gilt deshalb eine globale „Weltmachtfähigkeit“ zu entwickeln, um auf der obersten Ebene mitentscheiden zu können. Auch dies ist ein langer Prozess, dessen Start aber keinen Aufschub verträgt.

(5) Mit der erstmaligen Ausgabe „staatlicher“ europäischer Finanzanlagen - und darüber sollten sich gerade deutsche staatsrechtliche Juristen schnell klar werden - wird die Europäische Union ein weiteres Mal und zwar mit einem großen Schritt ziemlich staatsähnlich. Die Unterschiede zu einem „normalen“ Staat werden immer kleiner.

(6) Die Sorge, dass mit dem Austritt Großbritanniens die Südstaaten mit ihrem finanziellen „Schlendrian“ die Macht übernehmen werden, hat sich - Gott sei Dank - nicht bestätigt. Ganz im Gegenteil hat sich mit der Gruppe der fünf Sparsamen und dies sogar ohne den Sparmeister

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



☎ (0231) 2265789  
☎ (0231) 2265788  
✉ info@k6-medien.de



Grafikdesign | Webdesign | Softwarelösungen | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

**MUST HAVE** FÜR IHR BUSINESS:  
PERSÖNLICHER  
**SERVICE**  
INKLUSIVE

NUTZEN SIE DIE EINZIGARTIGEN DIENSTLEISTUNGEN  
DER **ProtectMe**® CARD UND  
PROFITIEREN SIE GLEICH MEHRFACH

WEITERE INFOS UNTER **WWW.SANTOS.DE**





## „Die EU verkommt zur Transferunion“

Die streitbare CDU-Bundestagsabgeordnete Sylvia Pantel kritisiert, dass deutsche Steuerzahler für die andauernden wirtschaftspolitischen Verfehlungen anderer Länder gerade stehen sollen

? Der Bundestag hat der Finanzierung des EU-Programms SURE zugestimmt. Danach sollen die Mitgliedsländer Garantien übernehmen, durch die die EU-Kommission dann Kredite bis zu 100 Milliarden Euro aufnehmen kann, um Arbeitsplätze in den betroffenen Staaten zu schützen. Sie haben gegen die Finanzierung von SURE gestimmt. Ihre Gründe?

**Sylvia Pantel:** Ich habe dagegen gestimmt, weil die Hauptursachen ökonomischer Ungleichgewichte in der EU nicht Konjunkturschwankungen, sondern strukturelle Probleme sind. Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist aber nur mit Reformen zu bewältigen, die auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, auf anpassungsfähige Arbeitsmärkte und den Aufbau einer leistungsfähigen Arbeits-

vermittlung in den einzelnen Mitgliedstaaten ausgerichtet sind. Bei diesem Vorgehen handelt es sich um den Einstieg in eine europäische Arbeitslosenversicherung. Zudem orientiert sich diese vermeintliche Corona-Hilfe an makroökonomischen Kennziffern der Jahre 2015-2019. Sie ist also keine Corona-Hilfe im eigentlichen Sinne, denn nicht die von der Pandemie betroffenen, sondern

die am wenigsten wettbewerbsfähigen Volkswirtschaften mit den größten Reformdefiziten sollen diese Hilfe erhalten. SURE verstößt darüber hinaus – ähnlich wie der 750 Milliarden Euro schwere Europäische Aufbauplan – gegen die Grundprinzipien der Europäischen Union. Damit die Europäische Union Darlehen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bis zu einem Gesamtvolumen von 100 Milliarden Euro an einzelne Mitgliedstaaten weiterreichen kann, müssen die Mitgliedstaaten als Garantiegeber auftreten und haften, weil diese Summe nicht vom Eigenmittelbeschluss gedeckt ist. Die Entscheidung, ob einem Kreditantrag stattgegeben wird oder nicht, obliegt dabei nicht dem Deutschen Bundestag oder wenigstens analog zum ESM dem Haushaltsausschuss, sondern wird autonom im Europäischen Rat getroffen. Der Deutsche Bundestag hat sich im Zuge der Eurokrise seit 2010 sorgsam seine Mitwirkungsrechte als Haushaltsgesetzgeber gesichert, die nun leichtfertig preisgegeben werden. Außerdem verstößt SURE erkennbar gegen das Verschuldungsverbot und andere haushälterische Prinzipien der Europäischen Union, die in Art. 310-312 AEUV verankert sind.

? Steht das europäische Hilfsprogramm nicht in fundamentalem Widerspruch zu den jahrzehntelangen Kernpositionen von CDU und CSU, weil das Programm den Einstieg in eine europäische Transferunion, finanziert durch Schulden, bedeutet?

**Sylvia Pantel:** Korruptionsbekämpfung und eine Flexibilisierung der Arbeitsmärkte sind Maßnahmen, die nachhaltig eine positive wirtschaftliche Entwicklung begünstigen. SURE ist die Vorstufe einer EU-weiten Arbeitslosenversicherung und kann an den strukturellen Problemen nichts ändern. Dadurch finden lediglich Transfers in strukturell schwächere Staaten statt. Solange diese strukturellen Unterschiede bestehen, darf man diese Probleme nicht mit Transfers übertünchen. Stattdessen müssen die betroffenen Staaten alles dafür tun, um in Zukunft nicht von finanzieller Hilfe aus dem Ausland angewiesen zu sein. Nur so kann sich langfristig etwas an der wirtschaftlichen Ungleichheit in der EU ändern.

? Sind Zahlungen aus dem 500-Milliarden-Hilfspaket für Italien überhaupt zu rechtfertigen? Nach Berechnungen Ihres Bundestagskollegen Frank Schäffler und des Ökonomen Daniel Stelter verfügt Ita-

liens Bevölkerung, bedingt durch die höhere Wohneigentumsquote, über ein deutlich höheres Vermögen als die Bevölkerung Deutschlands. Laut Daniel Stelter würde eine Vermögensabgabe von einmalig 20 Prozent von den italienischen Steuerzahlern genügen, um die italienische Staatsverschuldung um 100 Prozent des Bruttozonalprodukts zu senken. Selbst nach einem solchen Schritt, so Stelter, hätten die italienischen Privathaushalte noch mehr Vermögen als die deutschen Privathaushalte.

**Sylvia Pantel:** Die Summe konnte erfreulicherweise vor allem aufgrund des Einsatzes der skandinavischen EU-Mitgliedsstaaten, der Niederlande und Österreichs gesenkt werden. Aber sie bleibt dennoch zu hoch. Deutschland wird mit Abstand am meisten einzahlen, da fällt der Zuschuss für Ostdeutschland kaum ins Gewicht. Das Geld kommt aus den zahlreichen deutschen Steuerquellen, mit denen wir deutsche Unternehmen und Bürger belasten. Mir ist es ein Rätsel, warum deutsche Steuerzahler für die andauernden wirtschaftspolitischen Verfehlungen anderer Länder gerade stehen sollen. Selbst wenn man die von Herrn Stelter vorgeschlagene Vermögensabgabe senken und auf weniger Vermögensquellen anwenden würde, blieben die italienischen Haushalte weiterhin überdurchschnittlich wohlhabend und die Mittel für die Bekämpfung der Krise könnten von ihnen selbst aufgebracht werden. Solidarität beginnt im eigenen Land und nicht bei den Nachbarn im Ausland. Die EU

verkommt zur Transferunion und wird als Selbstbedienungsladen genutzt.

? EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erwägt ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland. Hintergrund ist, dass das deutsche Bundesverfassungsgericht eine abweichende Meinung gegenüber dem Europäischen Gerichtshof in Bezug auf das Mandat der Europäischen Zentralbank vertritt. Wie bewerten Sie die Absicht von der Leyens? Auch vor dem Hintergrund, dass die EU kein Staat ist und daher die demokratische Legitimation nur von den Mitgliedsstaaten abgeleitet ist.

**Sylvia Pantel:** Das Bundesverfassungsgericht unterstellt der Europäischen Zentralbank, dass sie ihr Mandat für die Geldpolitik überspannt habe. Nun ist es im Bereich des Möglichen, dass ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet werden könnte. Ich halte das aber für den falschen, eskalierenden Weg. Es kommt jetzt darauf an, dass die EZB ihre Geldpolitik vor allem im Bereich der Anleihekäufe umfassend begründet und die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen darlegt. Diese wird zurecht und nicht nur vom BVerfG hinterfragt. Das Recht muss eingehalten werden, begründet aber auch kritisiert werden dürfen. Nur dann haben wir ein solides rechtliches Fundament. Wer juristische Willkür in Nationalstaaten kritisiert, ist deswegen selber nicht über eine solche Kritik erhaben und muss sich an denselben Maßstäben messen lassen. ■



Mit Sylvia Pantel sprach Joachim Schäfer

# Nein zur europäischen Arbeitslosenversicherung

MdB Klaus-Peter Willsch: Bericht aus Berlin

Bei der Abstimmung im Deutschen Bundestag über das SURE-Gewährleistungsgesetz am 16. Juni habe ich bereits mit „Nein“ gestimmt. Denn bei dem Europäischen Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in der durch den COVID-19-Ausbruch verursachten Krise (SURE) handelt es sich um den Einstieg in eine europäische Arbeitslosenversicherung. Diese haben wir als Union bislang immer abgelehnt.

Noch heute heißt es auf der Homepage der CDU/CSU-Gruppe in der EVP: „Eine europäische Arbeitslosenversicherung steht für mehr Transfers in der Sozialpolitik und damit für die Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken.“ Weiter heißt es: „Eine europäische Arbeitslosenversicherung soll nach Aussage der Befürworter speziell die Eurozone stabiler machen. Bei wirtschaftlichen Schocks soll eine auseinanderdriftende Entwicklung in den Mitgliedstaaten der Eurozone vermieden werden. Zudem soll sie konjunkturelle Schwankungen ausgleichen. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament ist gegen eine solche Versicherung. Hauptursachen ökonomischer Ungleichgewichte in der EU sind nicht Konjunkturschwankungen, sondern strukturelle Probleme. Sie sind das Ergebnis verfehlter nationaler Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Finanz- und Bildungspolitik. Inflexible Arbeitsmärkte, hohe Lohnstückkosten und kaum wettbewerbsfähige Produkte haben zu einem strukturellen Anstieg der Arbeitslosigkeit in einzelnen Ländern geführt. Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist nur mit Reformen zu bewältigen, die auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, auf anpassungsfähige Arbeitsmärkte und den Aufbau einer leistungsfähigen Arbeitsvermittlung in den einzelnen Mitgliedstaaten ausgerichtet sind. Untaugliche Transfermaßnahmen wie die europäische Arbeitslosenversicherung würden konsequente Strukturreformen behindern oder gar verhindern.“ (<https://www.cducusu.eu/europaeische-arbeitslosenversicherung>)



Klaus-Peter Willsch (CDU) ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg

SURE verstößt darüber hinaus – ähnlich wie der 750 Milliarden Euro schwere Europäische Aufbauplan – gegen die Grundprinzipien der Europäischen Union. Während im Zuge der verschiedenen Hilfspakete für Griechenland, Portugal und Irland der Eigenmittelbeschluss der Europäischen Union noch eingehalten wurde, indem der EU-eigene Teil-Rettungsschirm EFSM auf ein Volumen von 60 Milliarden Euro begrenzt war, wird nun eine weitere rote Linie überschritten: Damit die Europäische Union Darlehen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bis zu einem Gesamtvolumen von 100 Milliarden Euro an einzelne Mitgliedstaaten weiterreichen kann, müssen die Mitgliedstaaten als Garantiegeber auftreten und haften, weil diese Summe nicht vom Eigenmittelbeschluss gedeckt ist. Auf die Bundesrepublik Deutschland entfallen dabei knapp 6,4 Milliarden Euro. Die Entscheidung, ob einem Kreditantrag stattgegeben wird oder nicht, obliegt dabei nicht dem Deutschen Bundestag oder we-

nigstens analog zum ESM dem Haushaltsausschuss, sondern wird autonom im Europäischen Rat getroffen. Der Deutsche Bundestag hat sich im Zuge der Eurokrise seit 2010 sorgsam seine Mitwirkungsrechte als Haushaltsgesetzgeber gesichert, die nun leichtfertig preisgegeben werden. Außerdem verstößt SURE erkennbar gegen das Verschuldungsverbot und andere haushalterische Prinzipien der Europäischen Union, die in Art. 310-312 AEUV verankert sind.

## EZB

Mit seinem Urteil vom 5. Mai 2020 stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass der EZB-Rat mit seinem Beschluss, im Rahmen des Staatsanleihekaufprogramms „Public Sector Purchase Programme“ (PSPP) seine Kompetenzen überschritten hat. Das Bundesverfassungsgericht stellte sich somit gegen den Europäischen Gerichtshof (EuGH), dessen Urteil das Bundesverfassungsgericht als „schlechterdings nicht

mehr nachvollziehbar“ und damit „objektiv willkürlich“ bezeichnete.

Als unmittelbare Folge des Urteils sollte sich die Bundesbank mit einer Übergangsfrist von drei Monaten nicht mehr am PSPP-Programm beteiligen dürfen, es sei denn, der EZB würde es gelingen, die Verhältnismäßigkeit der umstrittenen Maßnahmen darzulegen. Während sich das Bundesverfassungsgericht seit Jahren mit verschiedenen Anleihekaufprogrammen der EZB beschäftigte, sollten bzw. mussten nun also Bundesregierung und Bundestag bestätigen, dass sich die EZB im Rahmen ihres Mandats bewege. Kein leichtes Unterfangen. Denn die EZB machte sofort deutlich, dass sie sich weder um die Urteile des deutschen Bundesverfassungsgerichts noch um die Haltung anderer Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland kümmerte. Die Bundesbank hingegen ist als Oberste Bundesbehörde formal nicht an Weisungen des EZB-Rats oder des Präsidiums gebunden, sondern an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Soweit zur Ausgangslage – eine nachvollziehbar komplizierte Gemengelage. Wie die Verhältnismäßigkeitsprüfung infolge von-stattenging, ist jedoch eine Farce. Die Bundesbank bat den EZB-Rat formal um Unterstützung, dass dieser der Bundesregierung die Verhältnismäßigkeit darlegen kann. Dabei gehört der Präsident der Deutschen Bundesbank bekanntermaßen zu den größten internen Kritikern der EZB-Anleihekäufe. Nun übermittelte der EZB-Rat am 26. Juni 2020 der Bundesregierung eine Handvoll Dokumente, die das BMF wiederum – nach Einholung einer entsprechenden Erlaubnis des EZB-Rats – dem Deutschen Bundestag (teilweise geschwärzt) zur Verfügung stellte. Den Abgeordneten wurden die Dokumente erst am Abend des 29. Juni zugänglich gemacht. Ein Teil davon liegt nach wie vor in der Geheimschutzstelle. Bereits am 2. Juli sollte der Bundestag die gewünschte Verhältnismäßigkeit bescheinigen.

Das kann nur als Missachtung des Parlaments oder alternativ als Gleichgültigkeit gegenüber den Erwägungen des Bundesverfassungsgerichts verstanden werden. Während sich das Bundesverfassungsgericht – und die EZB-Gremien logischerweise auch – jahrelang mit der Thematik auseinandergesetzt haben, soll der Bundestag nun auf Basis eines Anschreibens des Bundesministers der Finanzen, Olaf Scholz, sowie einer Handvoll – ohne erkennbare Systematik – zusammengestellter Anlagen eine derart weitreichende Entscheidung treffen. Die EZB-Anleihekäufe sind allein deshalb erkennbar

nicht verhältnismäßig, weil der damalige EZB-Präsident Mario Draghi den OMT-Beschluss im Jahr 2012 mit dem Ausspruch „Whatever it takes“ verkündete. Verhältnismäßigkeit und ein „Koste es, was es wolle“ schließen sich logisch aus. Mit Stand Ende Mai 2020 beliefen sich die von der EZB zu geldpolitischen Zwecken gehaltenen Wertpapiere auf insgesamt ca. 2,860 Billionen Euro. Auf das PSPP entfallen dabei ca. 80 Prozent. Gemäß des Kapitalschlüssels in Höhe von 21,4394 Prozent haftet die Bundesbank für etwa 613 Milliarden Euro.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist ein mehr als deutlicher Hinweis, dass Bundestag und Bundesregierung ihrer Integrationsverantwortung in Zusammenhang mit den Maßnahmen im Zuge der EZB-Geldpolitik nicht gerecht werden. Dem Bundestag wird innerhalb einer Frist von wenigen Tagen eine weitreichende Entscheidung aufgebürdet, ohne dass zum Beispiel vorab eine Expertenanhörung stattgefunden oder sich ein Vertreter des EZB-Präsidiums vor dem Deutschen Bundestag erklärt hat. Es wäre das Mindeste gewesen, seiner Integrationsverantwortung als Bundestag in Form der Bildung eines gesonderten Gremiums gerecht zu werden. Allein die Tatsache, dass der EZB-Rat dem Deutschen Bundestag mithilfe von ein paar Dokumenten versucht, die Verhältnismäßigkeit seiner Anleihekäufe darzulegen, reicht keinesfalls aus und wird dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts keinesfalls gerecht. Vielmehr stellt der Deutsche Bundestag dem EZB-Rat einen Freibrief aus. Das ist, um es mit den Worten des Verfassungsgerichts zu sagen, „schlechterdings nicht mehr nachvollziehbar“ und damit „objektiv willkürlich“. Den Antrag habe ich daher abgelehnt.

### WAHLRECHTSREFORM

In der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause haben wir im Bundestag über die Reform des Wahlrechts debattiert – genauer gesagt über einen gemeinsamen Gesetzentwurf der Oppositionsparteien FDP, Linke und Grüne sowie einen Gesetzentwurf der AfD. Die Diskussion um einen aufgeblähten Bundestag begleitet uns nun schon seit geraumer Zeit. In der vergangenen Legislaturperiode ist bereits der von mir sehr geschätzte damalige Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert an dieser kaum zu bewältigenden Mammutaufgabe gescheitert – das lag freilich nicht an ihm. Auch in dieser Legislaturperiode waren sämtliche Bemühungen, einen überparteilichen Konsens zu finden, nicht von Erfolg gekrönt. Im April ver-

gangenen Jahres hat die eigens eingesetzte überfraktionelle Arbeitsgruppe unter Leitung von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble ihre Arbeit eingestellt.

Dafür, dass noch immer keine Reform des Wahlrechts gelungen ist – trotz grundsätzlicher Einigkeit aller Fraktionen über deren Notwendigkeit – wird gerne der Union der schwarze Peter in die Schuhe geschoben. Das erschließt sich mir nicht. Denn die von der Opposition vorgebrachten Vorschläge zur Reduzierung der Anzahl der Wahlkreise gehen natürlich hauptsächlich zu Lasten der CDU und CSU und bis zu einem gewissen Maße auch der SPD. Kern eines Kompromisses ist aber doch auch eine gewisse Fairness für alle Beteiligten. Warum ausgerechnet in einer solch wichtigen Frage die Opposition die Schlagrichtung bestimmen soll, muss man mir erst noch erklären!

Deswegen haben wir uns in der letzten Fraktionssitzung auch auf einen eigenen Vorschlag geeinigt, der meines Erachtens einen guten Mittelweg darstellt: Die Zahl der Wahlkreise soll von 298 auf 280 reduziert werden, die Zahl der Überhangmandate wird auf 7 begrenzt. Für diese Überhangmandate sollen darüber hinaus keine Ausgleichsmandate vergeben werden. Damit würde man auch dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2012 gerecht, das bis zu 15 ausgleichslose Überhangmandate erlaubt. Nun liegt der Ball bei unserem Koalitionspartner. Wollen wir die Wahlrechtsreform noch für die nächsten Bundestagswahlen durchbekommen, müssen wir uns in jedem Falle ranhalten. Denn die ersten Nominierungsparteitage haben bereits stattgefunden. Schnelles Handeln ist gefragt!

Mir ist vor allem wichtig, dass die Wahlkreise nicht zu groß und die Direktmandate als basis- und direktdemokratisches Element auf Bundesebene nicht entwertet werden. Ich habe es in einem früheren Hauptstadtbrief schon einmal erläutert: In meinem Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg liegen zwischen Assmannshausen im Mittelhain und Langendernbach im Westerwald über 100 Kilometer, die Fahrtzeit beträgt schon jetzt fast anderthalb Stunden. Eine weitere Vergrößerung würde die ohnehin schon schwierige Aufgabe, allen Menschen in den 27 Städten und Gemeinden mit insgesamt 180 Ortsteilen gerecht zu werden, noch weiter erschweren. In Anbetracht der Diskussion um Politikferne und Politikverdrossenheit wäre eine Erhöhung der Distanz zwischen Bürgern und Abgeordneten ein Bärendienst an der repräsentativen Demokratie. ■



# Neue Impulse für Innovationen

## Wegweiser durch den deutschen Förderdschungel

**D**eutschland zählt zu einem der Länder, die am meisten in Forschung und Entwicklung investieren. Auch aufgrund der zahlreichen Fördermöglichkeiten, die es für kleine und mittelständische Unternehmen auf Landes- und Bundesebene gibt. Doch die Förderlandschaft ist breit gefächert. Beispielsweise ist seit 1. Januar 2020 das Gesetz zur Forschungszulage (FZuLG) in Kraft und soll wiederum die Forschungstätigkeit und somit die Standortattraktivität Deutschlands als Innovations- und Forschungsstandort erhöhen. Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit sind Investitionen und Innovationen unerlässlich, doch schafft die Steuerliche Forschungsförderung den notwendigen Impuls, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) an die Forschung heranzuführen? Erfahrungswerte, beispielsweise aus Österreich zeigen, dass die dortige „Forschungsprämie“ vor allem diejenigen Unternehmen unterstützt, die bereits kontinuierlich Forschung und Entwicklung betreiben. Außerdem ist Deutschland mit seinen direkten und bewährten Förderprogrammen, wie bei-

spielsweise ZIM, dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand, sehr gut aufgestellt.

### Forschungszulage und ZIM – ein Vergleich

ZIM ist ein branchen- und technologieoffenes Förderprogramm zur Innovationsförderung und steht kleinen und mittelständischen Unternehmen zur Verfügung. Ziel der ZIM Förderung ist es, die Innovationskraft dieser Unternehmen zu stärken, indem sie mit einem nicht rückzahlbaren Zuschuss gefördert werden. Mit der ZIM Förderung sinken somit die Risiken und Kosten eines FuE-Projekts, außerdem entsteht ein Ansporn, neue und innovative Technologien zu entwickeln. Der Projektstart ist an die jeweilige Bewilligung gebunden, dafür stehen den Unternehmen die Mittel aber auch direkt im Projekt zur Verfügung. Gefördert wird auch die Vermarktung, z.B. notwendige Zertifizierungen und Messeauftritte.

Im Gegensatz zur Forschungszulage: Dort müssen Unternehmen das Projekt vorfinanzieren, ehe sie die Steuerrückzahlung erhalten. Für kleine Unternehmen ist eine solche Vorfinanzierung somit oftmals nicht

machbar, v.a. nicht zu Krisenzeiten. Auch der Fördersatz von 25 Prozent auf die projektbezogenen Personalkosten ist vergleichsweise gering. Mit ZIM bekommen Unternehmen, vereinfacht gesprochen und je nach Projektform, bis zu 120 Prozent der Personalkosten erstattet.

### Aus der Praxis

Drei Unternehmen planen jeweils ein neues FuE Projekt. Das Start-Up, Unternehmen A, beschäftigt drei Mitarbeiter und beauftragt zusätzlich zur eigenen Forschung einen externen Auftragnehmer. Unternehmen B beschäftigt zehn Mitarbeiter und kooperiert in seiner Forschung mit einem ausländischen Unternehmen. Unternehmen C beschäftigt 100 Mitarbeiter und kann das FuE Projekt im Alleingang durchführen. Es fallen jeweils 200.000 Euro an Personalkosten an, für den Unterauftrag von Unternehmen A zusätzliche 20.000 Euro. Unternehmen D beschäftigt 2000 Mitarbeiter, davon sind 30 in Forschung und Entwicklung in einem Projekt tätig, die Personalkosten im Projekt betragen 1,8 Mio. Euro, die Gesamtkosten belaufen sich auf 3 Mio. Euro.

	ZIM			Forschungszulage		
	Zuwendungs- fähige Kosten	Fördersatz	Fördersumme	Zuwendungs- fähige Kosten	Fördersatz	Fördersumme
A	420.000€	45%	189.000€	212.000€	25%	53.000€
B	400.000€	55%	220.000€	200.000€	25%	50.000€
C	400.000€	35%	140.000€	200.000€	25%	50.000€
D	3.000.00€	-	-	1.800.00€	25%	450.000€

Es zeigt sich: Für kleine und mittelständische Unternehmen ist die Förderung mit ZIM deutlich profitabler als die Forschungszulage. Für große Unternehmen ist die Forschungszulage ein interessantes Instrument.

### Projektförderung während der Krise nutzen

Die ZIM Richtlinie wurde Anfang des Jahres erneuert und beinhaltet neben der Aufstockung des Fördertopfes auf 555 Millionen Euro auch neue Bestandteile, die kleinen und jungen Unternehmen, wie beispielsweise Start-Ups und Unternehmen aus strukturschwachen Regionen zu Gute kommen. Damit sollen eben jene Unternehmen an die Forschung herangeführt und die Risiken minimiert werden. Vor allem in Krisenzeiten ist es für Unternehmen sinnvoll, sich an Forschungs- und Entwicklungsprojekte zu trauen. So beschäftigen sie ihre Mitarbeiter bei stagnierendem Tagesgeschäft, finanzieren diese mit Hilfe der Förderung und können mit neuen Entwicklungen gestärkt aus der Krise starten.

Auch die Forschungszulage reagiert auf die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie. Die Bemessungsgrundlage wurde von 2 auf 4 Millionen Euro erhöht, somit können sich Unternehmen bis zu 1.000.000 Euro an Rückzahlung sichern. Stellt sich allerdings die Frage, für wen die Forschungszulage überhaupt interessant ist? KMU profitieren deutlich mehr von direkten Förderprogrammen wie ZIM. Die ZIM Förderung ist für kleine und mittlere Unternehmen um einiges höher und das Risiko geringer als die Steuerliche Forschungsförderung.

Vorteil der Forschungszulage ist zum einen der flexible Projektstart, da sie rückwirkend zum Jahresbeginn und für laufende Projekte beantragt wird. Unternehmen, die in Branchen agieren, in denen Flexibilität und Schnelligkeit echte Marktvorteile bieten, können dadurch finanziell entlastet werden. Auch für Unternehmen, die sich nicht an den Fördertöpfen des Mittelstandes bedienen, aus eigener Kraft dennoch keine finanziellen Sprünge wagen können, ist die Forschungszulage ideal.

Mehr zu ZIM lesen Sie hier: [www.dorucon.de/foerderprogramme/zim-zentrales-innovationsprogramm-mittelstand/](http://www.dorucon.de/foerderprogramme/zim-zentrales-innovationsprogramm-mittelstand/)

Mehr zur Forschungszulage unter: [www.forschungszulage.org](http://www.forschungszulage.org)

### Mit Fördermittelberatung zur baren Münze

Es empfiehlt sich in jedem Fall eine sorgfältige Prüfung der Fördermöglichkeiten, um die bestmögliche Förderung für ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt zu erhalten. Beratungsunternehmen können den Forschenden dabei unterstützen und so mit Hilfe der Expertenempfehlung, die bestmögliche Förderung beantragen. Außerdem ist nachgewiesen, dass eine Förderberatung und die Antragsstellung durch ein Beratungsunternehmen die Erfolgsaussichten eines Förderantrags erheblich erhöhen. Zwar entsteht durch die Beratung und das damit verbundene Honorar ein zusätzlicher Kostenfaktor, reduziert aber gleichzeitig den internen Aufwand der Beantragung. ■



Der Autor: Dr. Jörg Rupp ist Geschäftsführer der DORUCON – DR. RUPP CONSULTING GmbH. Das Unternehmen beschäftigt sich seit mehr als 20 Jahren mit den Themen Innovation, Forschung und Entwicklung, Technologieförderung und Finanzierung. ([www.dorucon.de](http://www.dorucon.de))

# Tipps für die tägliche Betriebspraxis

## Für das Gespräch mit Ihrem Steuerberater

### Wann kommt ein Verlustvortrag zur Anwendung?

Der Abzug von Verlusten bei späteren positiven Einkünften hat große Auswirkungen auf die Steuerbelastungen. Dies wird insbesondere in diesem Jahr deutlich, in dem viele Unternehmen/Unternehmer voraussichtlich Verluste erwirtschaften werden. Üblicherweise wird ein in einem Jahr erlittener Verlust in einer Einkunftsart zunächst mit anderen positiven Einkünften in diesem Jahr verrechnet und ein verbleibender Betrag auf die folgenden Jahre vorgetragen. Zunächst wird aber ein verbleibender Verlust (d. h. negativer Gesamtbetrag der Einkünfte) auf das vorangegangene Jahr zurückübertragen (=Verlustrücktrag). Dabei gibt es zwei wesentliche Grenzen:

- bei der Gewerbesteuer gibt es den Rücktrag nicht,
- der Rücktrag bei der Einkommensteuer darf 1 Mio. Euro (bei Zusammenveranlagung 2 Mio. Euro) nicht übersteigen.

Der Rücktrag wird „von Amts wegen“ vorgenommen, er kann aber auf Antrag ganz unterbleiben oder zahlenmäßig begrenzt werden. Dieser Antrag kann Auswirkungen auf die Gesamtsteuerbelastung haben. Zunächst sollte der Rücktrag auf das Vorjahr so begrenzt werden, dass in dem Jahr angefallene Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen, Kinderfreibeträge und die steuerfreien Grundfreibeträge je Person noch erhalten bleiben. Der verbleibende Verlust wird dann automatisch auf das nächste Jahr vorgetragen. Sind die Einkünfte im Folgejahr deutlich höher als im Vorjahr, dann kann es auch günstiger sein, auf den Rücktrag zu verzichten, weil sich die Steuerminderung im Folgejahr dadurch deutlich erhöht. Es empfiehlt sich also, das Verlustjahr erst dann rechtskräftig werden zu lassen, wenn eine zuverlässige Prognose über die Höhe des Einkommens im Folgejahr möglich ist.

Der Rücktrag von Verlusten in das vorangegangene Jahr erfolgt ohne Antrag automatisch; es ist daher zu empfehlen, die steuerlichen Auswirkungen zu überprüfen und den Rücktrag ggfs. zu begrenzen.

### Verlustfreie Bewertung von Vorratsvermögen

Im Zuge der Bilanzaufstellung ist nach der Bewertung des Vorratsvermögens mit den üblichen Maßstäben von Anschaffungskosten und Herstellungskosten eine Kontrolle der so gefundenen Werte im Hinblick auf die voraussichtlichen Verkaufspreise nach dem Bilanzstichtag vorzunehmen. Im Handelsrecht ist eine Bewertung höchstens mit dem Börsen- oder Marktpreis, wenn dieser nicht festzustellen ist, mit dem „beizulegenden Wert“ zulässig. Im Steuerrecht gilt im Prinzip das Gleiche für die Bewertung, der höchstens anzusetzende Wert wird allerdings als „Teilwert“ bezeichnet. Im Ergebnis führen beide Maßstäbe zum gleichen Wert.

Für Warenvorräte erfolgt die Kontrollrechnung in der Weise, dass vom voraussichtlichen Verkaufspreis die noch anfallenden Vertriebskosten und der vom Unternehmer für die betreffende Warengruppe üblicherweise angesetzte kalkulatorische Gewinnaufschlag abgezogen wird. Aus dem Vergleich mit den Anschaffungskosten oder Herstellungskosten ergibt sich dann der Abschlag für Bilanzierungszwecke. Bei dem übrigen Vorratsvermögen (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe) sind die Wiederbeschaffungskosten als Kontrollmaßstab anzusetzen.

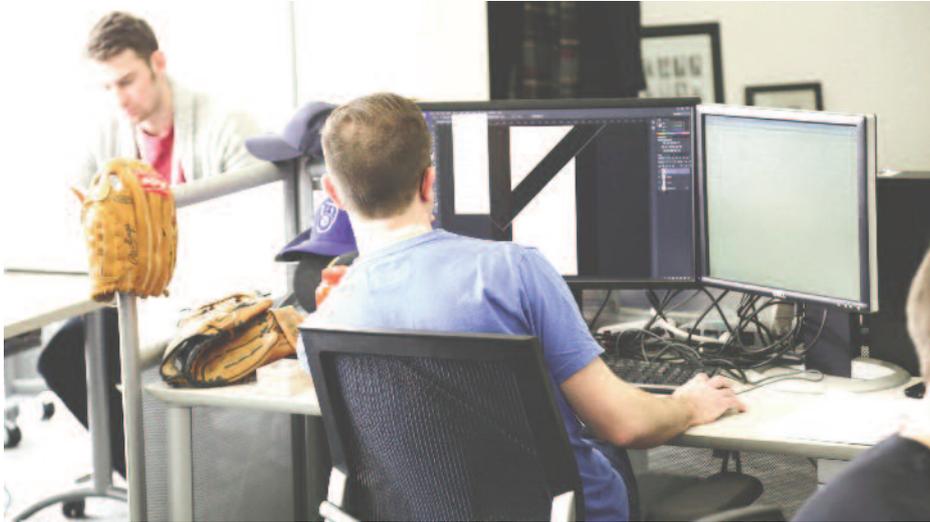
Eine in der Praxis bedeutsame Kontrollrechnung bezieht sich auf teilfertige Erzeugnisse und Bauten. Es handelt sich hierbei i. d. R. um Einzelaufträge mit fest vereinbarten Preisen oder um Werkleistungen, bei denen ein fester Einheitsatz oder die Stunden bzw. Tagewerke oder beides vereinbart wurden. Für diese Aufträge muss eine Kontrolle für die gesamten noch zu erbringenden Leistungen ermittelt werden, nicht nur für den Anteil der angefangenen Leistungen. Nur so ist für den Gesamtauftrag festzustellen, ob sich aus der Abrechnung ein Verlust oder Gewinn ergibt.

Das hat dann zur Folge, dass der gesamte Verlust bereits im Bilanzierungsjahr berücksichtigt wird, allerdings kann ein negativer Wert unter 0 Euro nicht berücksichtigt werden. Als Bewertungsgrundsatz gilt also: Bei der Vorratsbewertung müssen auch im Folgejahr anfallende Verluste aus dem Verkauf oder der Fertigstellung der Aufträge bereits im Bilanzierungsjahr berücksichtigt werden. Im Steuerrecht ist aber nur eine Abwertung der aktivierten Kosten auf 0 Euro zulässig.

Besuchen Sie uns  
im Web unter  
[www.bds-nrw.de](http://www.bds-nrw.de)



## Seit über 30 Jahren erfolgreich tätig!



Die Förderungsgesellschaft des BDS - DGV mbH ist im Auftrag des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle als Leitstelle tätig und prüft Anträge zur Bezuschussung von Unternehmensberatungen.

Unsere Gesellschaft wickelt zirka ein Drittel des gesamten Antragsvolumens ab.

Neutralität und Unabhängigkeit unserer Tätigkeit sowie die branchenübergreifende und bundesweite Zuständigkeit sichern ein umfassendes Know-how nicht nur bei der Antragsbearbeitung, sondern auch bei der Informationsgewährung. Qualifizierte Informationen zum Förderprogramm, Kundenorientierung sowie kurze Bearbeitungszeiten zeichnen unsere Tätigkeit aus.

Die Maßnahmen werden aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanziert.

Förderungsgesellschaft des BDS - DGV mbH für die gewerbliche Wirtschaft und Freie Berufe  
 August-Bier-Str. 18 • 53129 Bonn  
 Telefon: (02 28) 21 00 33 und 21 00 34, Telefax: (02 28) 21 18 24  
 E-Mail: [info@foerder-bds.de](mailto:info@foerder-bds.de), Internet: [www.foerder-bds.de](http://www.foerder-bds.de)

**Gefördert durch:**



# Genusstour durch Niedersachsen

## Vom Harz bis zur Nordsee kehrt jetzt der kulinarische Herbst ein

**E**ssen und Trinken ist Kulturgut in Niedersachsen - von der Teetradition im Norden über die „Obstroute“ bis hin zur Oldenburger Palme und dem Gold der Heide. Der kulinarische Herbst ist die beste Zeit für einen erlebnisreichen Ausflug voller Gaumenfreuden.

### Äpfel essen und Tee trinken

Das Alte Land am Elbstrom etwa ist das größte zusammenhängende Obstanbaugebiet Nordeuropas. Im Spätsommer hängen die Bäume voller Äpfel, die oft zu leckeren Säften, Marmelade oder sogar Apfelketchup und Cider verarbeitet werden. Weil es von der Hand in den Mund am besten schmeckt, bieten viele Obsthöfe neben dem Direktverkauf auch die Möglichkeit zum Selberpflücken an. Ganz entspannt lässt sich die Region mit dem Fahrrad beispielsweise auf der „Obstroute“ an Deichen, Flüssen und Fachwerkhäusern entlang erkunden. Weitere Genussrouten gibt es unter [www.reiseland-niedersachsen.de](http://www.reiseland-niedersachsen.de) in der Rubrik „Essen und Trinken“. Während in der Elbmarsch die Früchte reifen, wird in Ostfriesland erst einmal eine Tasse Tee getrunken - in einer Zeremonie, die sogar zum immateriellen Unesco-Kulturerbe zählt: mit einem Stück Kandiszucker, genannt Kluntje, und Sahne im Porzellan „Ostfriesenrose“ serviert. Traditionell besteht der sehr dunkle, kräftige Tee aus einer Mischung von bis zu zehn Assam-Teesorten. Der warme Genuss ist vor allem an „Schietwetter“-Tagen beliebt und in vielen gemütlichen Teestuben Standard. Wissenswertes vom Anbau bis hin zur Herstellung der berühmten Mischung vermittelt das Ostfriesische Teemuseum in Norden.

### Gesunde Knolle, basenreicher Kohl

In der Lüneburger Heide hat der Kartoffelanbau eine lange Tradition und wird alljährlich zum Erntedank mit der feierlichen Krönung der Heidekartoffelkönigin gefeiert. Nicht zuletzt wegen der Anbaufläche auf den sandigen Heideböden stehen typische Sorten wie Linda, aber auch ausgefallene wie Blauer Schwede bei Liebhabern für besonders gute Qualität. In Hofläden und Verkaufsständen an den Dorfstraßen können sie direkt vom Erzeuger erworben werden.



Foto: djd/TMN/Martin Elsen

Von August bis November heißt es: Apfelernte im Alten Land



Foto: djd/TMN/Ostfriesland Tourismus GmbH

In Ostfriesland wird der Tee traditionell mit Kluntjes versüßt und im Porzellan „Ostfriesenrose“ serviert

Wer nicht vor Ort ist, kann sich das „Gold der Heide“ sogar per Online-Shop nach Hause bestellen. Der Grünkohl, auch Oldenburger Palme genannt, steht der Kartoffel hinsichtlich einer gesunden Ernährung in nichts nach. Das basische Wintergemüse enthält viel Vitamin C, Kalzium und Eisen. Geerntet wird nach dem ersten Frost, denn erst durch die Minusgrade be-



Foto: djd/TMN/OTM, Winfried Dulisch

Grünkohl passt sehr gut zu einem deftigen Gericht mit Mettwurst und Kassler

kommt das Kohlgemüse seine typische Würze und die leichte Süße. Die Gerichte reichen von der deftigen Zubereitung mit Mettwurst und Kassler über einen vitaminreichen Grünkohl-Smoothie bis hin zur Grünkohlpraline. In der Kohl-Tourhauptstadt Oldenburg kann man sich sogar für ein kulinarisches Studium an der Grünkohl-Akademie einschreiben. (djd) ■



Beeindruckend: der elegante Arkadeninnenhof des fürstbischöflichen Schlosses

Foto: djd/Stadt Ellwangen

# Kulturtour auf kurzen Wegen

## Ellwangen an der Jagst überrascht mit spannenden Bau- und Kunstschätzen

**D**urch Museen schlendern, Kirchen und Schlösser besuchen und sich in netten Lokalen kulinarisch verwöhnen lassen: Für einen abwechslungsreichen Kultururlaub muss es nicht in die Großstadt gehen. Die lebendige Kleinstadt Ellwangen an der Jagst etwa beeindruckt auf kurzen Wegen mit einer Fülle an Bau- und Kunstschätzen. Gleichzeitig ist das über 1250 Jahre alte Städtchen ein idealer Ausgangspunkt, wenn man sich zu Fuß oder mit dem Fahrrad in die reizvollen Landschaften der schwäbischen Ostalb aufmachen möchte.

### Farbgewaltige Kunst

Beim Bummel durch die malerischen Altstadtgassen treffen Besucher auf stolze Bürgerhäuser, prächtige Barockbauten wie das Palais Adelman und sehenswerte Kirchen wie die spätromantische Basilika St. Vitus auf dem Marktplatz. In der Michaelskapelle der Basilika oder auch der Heilig-Geist-Kirche kann man ausdrucksvolle Glasfenster und Gemälde des Malerpfarrers Sieger Köder bewundern. Noch mehr Werke des von Chagall inspirierten Künstlers gibt es im Sieger-Köder-Museum zu sehen, das vom 27. Juni bis 20. September die Sonderausstellung „Mit Witz und Ironie. Humor im Werk von Sieger Köder“ zeigt.

Festschriften, für Freunde gestaltete Bücher, die 32 Bilder zur Gründungslegende von Ellwangen, kleine Alltagsgegenstände und große Bilder: In der Ausstellung gibt es viel zu entdecken.

Ein weiteres Museumshighlight ist das Alamannenmuseum - mit wichtigen archäologischen Originalfunden aus ganz Süddeutschland. Die Sonderausstellung „Gut

betucht“ zeigt dort bis zum 11. Oktober, wie die Textilproduktion im frühen Mittelalter aussah und beleuchtet gleichzeitig den heutigen Umgang mit dem Thema Kleidung. Mit auf das Besuchsprogramm gehört außerdem eine Besichtigung des Schlosses mit seinem eleganten Arkadeninnenhof. Ein schöner Weg führt hinauf zum fürstbischöflichen Prachtbau, dessen Museum wertvolle Schrezheimer Fayencen und historische Puppenstuben beherbergt.

### Naturgenuss mit Kultur

Kulturerlebnisse lassen sich in Ellwangen bestens mit Naturerlebnissen kombinieren. Zum Beispiel auf der Wandertour „Natur-schönheiten und Kulturdenkmäler in und um Ellwangen“. Die Route geleitet die Wanderer zu den Ellwanger Sehenswürdigkeiten in der Innenstadt, aber auch zur barocken Wallfahrtskirche Schönenberg mit ihren kunstvollen Stuckarbeiten, sowie dem Kressbachsee, dessen Ufer zu einer Pause einlädt. Aktiven Kulturliebhabern sei außerdem die Kirchen- und Kapellentour empfohlen, die auf zwölf Kilometern zu acht sehenswerten Sakralbauten führt. Am Abend heißt es dann: Die schwäbische Gastlichkeit in einem der vielen Restaurants genießen. Weitere Tipps gibt es unter [www.ellwangen.de](http://www.ellwangen.de). (djd) ■

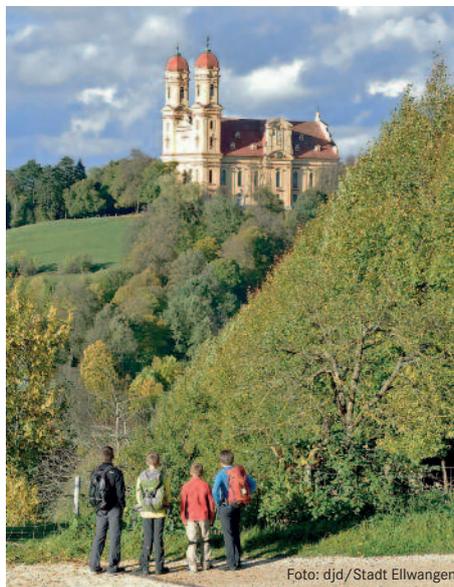


Foto: djd/Stadt Ellwangen

Die prunkvolle Wallfahrtskirche Schönenberg

*santos*<sup>®</sup>

Absicherung benötigt ?



Kein Ärger mit Versicherungen  
Ihr persönlicher  
Anwaltsservice

Bei unberechtigten Leistungsverweigerungen von Versicherungen schützen Sie spezialisierte Top-Anwälte. Es gelten dabei die allgemeinen Bedingungen des Anwaltsservice.



[WWW.SANTOS.DE](http://WWW.SANTOS.DE)